

# Windenergie steigert Lebensqualität

## Sensationelle Ergebnisse einer österreichweiten Meinungsumfrage und Diskussion der aktuellen europäischen Energie- und Klimapolitik

Wien, am 8. Mai 2013: „Die Windenergie soll vor allen anderen Kraftwerken ausgebaut werden“, kommentiert Dr. Sophie Karmasin, geschäftsführende Gesellschafterin der Karmasin Motivforschung aus einer ihrer brandaktuellen Meinungsumfragen. „Die Österreicher wollen die Energiewende und wünschen den Ausbau der Windkraft“, ergänzt Mag. Stefan Moidl, Geschäftsführer der IG Windkraft. Auf politischer Ebene in der EU gibt es im Gegensatz dazu starke Begehrlichkeiten von der Fossil- und Atomkraftlobby. „Es kann aber nicht sein, dass die Atomenergie und die Kohleindustrie plötzlich zu den erneuerbaren Technologien gerechnet werden, nur weil Länder wie Polen oder Großbritannien die Kohle- oder Atomkraftlobby bedienen wollen“, zeigt Dr. Dörte Fouquet, Direktorin von EREF dem europaweiter Dachverband der Ökostromerzeuger, auf.

### Überwältigende Mehrheit der Bevölkerung will mehr Windenergie

Mit 77% Zustimmung ist die Windenergie die beliebteste Energieerzeugungsform in Österreich, gefolgt von allen anderen erneuerbaren Energien. Weit abgeschlagen davon stehen die alten fossilen Technologien mit 4% und die Atomkraft mit einem Prozent Zustimmung. Mehr als 25 Euro im Jahr würde die österreichische Bevölkerung für den Ausbau der Windenergie beisteuern. „Das ist fünf Mal so viel, wie die derzeitige Ökostromförderung der Windenergie ausmacht“, erklärt Moidl. Im Gegenzug dazu wird die steinzeitliche Subvention von fossilen Energien mit großer Mehrheit abgelehnt.

### Windkraft hat positive Auswirkungen auf Lebensqualität

„Die Zustimmung zur Windenergie in Österreich ist mit 84% in Niederösterreich besonders hoch und noch mehr NiederösterreicherInnen wollen, dass der Windkraftausbau weiter fortgesetzt wird“, berichtet Moidl. Einen Einfluss von nahe liegenden Windparks auf die Lebensqualität empfindet ein Großteil der NiederösterreicherInnen nicht. Nur 4 % der Befragten, die in Nähe eines bestehenden Windparks leben, sehen durch die Windräder negative Auswirkungen

auf ihre Lebensqualität. 82 % sehen gar keinen Einfluss auf ihre Lebensqualität und 15 % nehmen positive Auswirkungen war. Auch durch einen weiteren Ausbau der Windkraft erwarten nur 7 % negative Auswirkungen auf ihre Lebensqualität. Fast 1/3 der Befragten erwarten hingegen positive Auswirkungen, 65 % geben keine Auswirkungen an. Für 35% der befragten WindparkanrainerInnen ergeben sich durch die Windparks auch Vorteile für die Region. „All diese Ergebnisse zeigen ganz klar, wie stark die österreichische Bevölkerung, besonders die niederösterreichische, hinter dem Windkraftausbau steht“, erklärt Moidl und ergänzt: „Auch wenn einzelne Personen sich recht lautstark gegen Windräder äußern, zeigt die Umfrage doch sehr klar, dass sie ein sehr kleiner Teil der Bevölkerung sind.“

„Die Zustimmung zur Windenergie hat im Vergleich zur letzten Umfrage aus dem Jahr 2011, das Jahr der Atomkatastrophe in Fukushima, tendenziell sogar zugenommen“, ergänzt Karmasin.

### NÖ-Widmungsstopp erfordert Übergangsregelungen

In Niederösterreich sollen neue Rahmenbedingungen erarbeitet werden. Für 23. Mai ist im NÖ-Landtag ein

Windmungsstopp für Windkraftwerke geplant. Darüber hinaus soll der Auftrag für neue Rahmenbedingungen für die Windkraft in NÖ beschlossen werden. „Diese Rahmenbedingungen müssen möglichst rasch abgeschlossen werden“ fordert Moidl und ergänzt: „Um den weiteren Windkraftausbau nicht komplett zu bremsen, bedarf es darüberhinaus sinnvolle Übergangsregelungen.“ Für Regionen in denen bereits ein Konsens gefunden und Zonen festgelegt wurden, muss es Übergangsbestimmungen geben, damit diese durch den Widmungsstopp in der Entwicklung nicht behindert werden. Ebenfalls muss die Erweiterung bereits bestehender Windparks, trotz Erarbeitung der neuen Rahmenbedingungen, möglich bleiben. „Diese Übergangsregelungen sind dringend erforderlich, damit es nicht zu weitreichenden Verzögerungen der Projekte kommt“, erklärt Moidl und führt weiter aus: „Andernfalls droht das Verfehlen der langfristigen Zielsetzung des NÖ-Energiefahrplans.“

### **EU denkt über Atomenergieförderungen nach**

Mit 83% ist die Ablehnung von Förderungen und Subventionen für Fossil- und Atomkraftwerke in Österreich besonders hoch. Auf politischer Ebene in der EU ist diese Position aber nicht so eindeutig zu finden. Aus Großbritannien kommt der Wunsch, auch Atomkraftwerke zusätzlich mit Förderungen zu bedenken und Polen hätte gerne Unterstützung für seine Kohlekraftwerke. „Es ist schlichtweg inakzeptabel Atom- und Kohlekraftwerke als „CO<sub>2</sub>-arme“ Technologien zu verkaufen und über diesen Umweg zusätzliche Förderungen für fossile- und Atomkraftwerke in der EU möglich zu machen“, erklärt Fouquet, Direktorin von EREF dem

europaweiten Dachverband der Ökostromerzeuger und führt weiter aus: „Im Gegenteil, die bestehenden, intransparenten und marktverzerrenden Subventionen für die steinzeitliche Stromerzeugung sollten abgeschafft und nicht noch erweitert werden.“ Allein das Versagen des CO<sub>2</sub>-Handels bringt einen zusätzlichen Vorteil für die Kohlestromerzeugung mit sich. Eigentlich sollten die CO<sub>2</sub>-Zertifikate die Umweltkosten der Kohlestromerzeugung in den Preis integrieren. Der Zusammenbruch des Zertifikatpreises bewirkt aber jetzt genau das Gegenteil. Die Kohlestromerzeugung ist so billig wie noch nie. „Der CO<sub>2</sub>-Handel muss umgehend repariert werden, um die Marktverzerrung zu Gunsten der Kohlestromerzeugung schnellstmöglich zu beseitigen“, fordert Moidl.

### **EU-Rat beschäftigt sich mit Energie**

Am 22. Mai werden die Staats- und Regierungschefs der EU zusammentreffen und sich über Energiethemen austauschen. Die Diskussion um bindende Ziele bis 2030 für erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Reduktion der Treibhausgase wird dabei auch behandelt werden. „Hier müssen sich die Staats- und Regierungschefs klar für verbindliche Ziele für 2030 aussprechen, um den Ausbau der erneuerbaren Energien nicht zu gefährden, und gewährleisten, dass bis dahin mindestens 45% unserer Energie aus erneuerbaren Quellen kommt“, wünscht sich Fouquet und ergänzt abschließend: „Die Zielsetzungen bis 2030 sind ein wesentlicher Schritt für die europaweite Energiewende. Sie schaffen Investitionssicherheit und ermöglichen den sukzessiven Ausbau der erneuerbaren Energien, damit die Umstellung des Stromerzeugungssystems auch gelingen kann.“

Hintergrundinformation, Folien sowie die komplette Umfrageergebnisse sind auf unserer Website zu finden:  
[http://www.igwindkraft.at/index.php?mdoc\\_id=1017588](http://www.igwindkraft.at/index.php?mdoc_id=1017588)